

*
*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHTEN

*
*

AUSSENPOLITIK

*
*

LATEINAMERIKA

*(1)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit drei weiteren lateinamerikanischen Staaten, u.a. mit Nicaragua

Am 11. Juli 1985 nahm Bolivien, am 1. Oktober Grenada und nunmehr am 7. Dezember 1985 Nicaragua diplomatische Beziehungen mit der VR China auf. Damit verlor Taiwan drei weitere Partner. Die VR China besitzt damit in Lateinamerika 18 diplomatische Vertretungen, Taiwan nur noch 13 (Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Panama, Paraguay, Uruguay, St. Christopher/Nevis, Santa Lucia und St. Vincent).

Vor allem ist nun Zentralamerika, die bisher solideste diplomatische Bastion Taiwans aufgebrochen. Hier unterhielt der Inselstaat bis zum 7. Dezember noch Beziehungen zu allen dortigen Ländern. Allerdings war die Stellung Taiwans nach der sandinistischen Revolution von 1979 zweifelhaft geworden; denn die Inselrepublik ließ keinen Zweifel daran, daß sie mit der von den USA finanzierten antisandinistischen "Demokratischen Kraft Nicaraguas" (FDN) sympathisiere.

Schon gibt es freilich Anzeichen, als wollten auch Uruguay und Paraguay Taiwan den Laufpaß geben.

Was Nicaragua angeht, so war sich China bei der Machtübernahme der Sandinisten i. J. 1979 noch nicht ganz im klaren, ob hier nicht ein neues sowjetisches Einflußzentrum entstehe, mit dem man in einem ähnlich gespannten Verhältnis stünde wie mit Kuba. Doch dann ließ das Mißtrauen nach und China stellte sich bei der Auseinandersetzung zwischen Nicaragua und den USA immer mehr hinter die Sandinisten, die diese Haltung dankbar zur Kenntnis nahmen und Anfang Dezember 1985 ihre erste ranghohe Regierungs- und Parteidelegation nach China entsandten. Im Zusammenhang mit dem Besuch kam es dann auch zur Unterzeichnung des

Aufnahmekommunikés (XNA, 9.12.85). Am 9. Dezember wurde zwischen den beiden Seiten ein Abkommen über zinsfreie Kredite Chinas an Nicaragua unterzeichnet.

Bekanntlich hält China die Einmischung der beiden Supermächte, vor allem der USA, in Nicaragua für die Hauptursache der Spannungen in Zentralamerika; gleichzeitig setzt es seine Hoffnungen auf die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe, zu der Panama, Kolumbien, Venezuela und Mexico gehören. Mitte Februar 1985 hatte die Contadora-Gruppe den fünf zentralamerikanischen Ländern (Honduras, El Salvador, Guatemala, Costa Rica, Nicaragua) den Entwurf eines Friedensvertrags vorgelegt, den allerdings drei der fünf Angesprochenen nur unterzeichnen wollten, falls bestimmte Vorbedingungen erfüllt würden. China vermutete hier erneut die Hand der USA im Spiel (XNA, 16.1.85). China verurteilt vor allem das Anfang Mai 1985 gegen Nicaragua verhängte US-Embargo (RMRB, 5.5.85). -we-

*(2)

Gute Beziehungen zu Chile

Gegenüber Chile nimmt China nach wie vor eine ambivalente Haltung ein: Auf der einen Seite berichtet es über ständig wachsende Protestbewegungen und über die Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche (dazu beispielsweise BRu 1983, Nr. 35, S. 12 f.), doch wird dann auf der anderen Seite wieder von "langsamem Demokratisierungsschritten" gesprochen. Die dortige Militärjunta nehme immer mehr den Charakter einer Zivilregierung an (BRu 1985, Nr. 42, S. 12 f.). Zwischen beiden Seiten kam eine Reihe von Abkommen, vom Handel bis hin zu Kultur und Sport, zustande, man kooperiert z.T. in der Antarktis, führt regelmäßige Gespräche auf Außenministerebene (XNA, 20.10.84) und feiert auch jeweils pünktlich den Jahrestag der Aufnahme der beiderseitigen diplomatischen Beziehungen i. J. 1970 (XNA, 17.12.85).

Mit der für die chinesische Chile-Politik charakteristischen Ambivalenz wurde auch das Abkommen vom 26. Juli 1985 zwischen Chile und den USA kommentiert, aufgrund dessen Santiago den Amerikanern Gelegenheit gibt, den Flughafen auf der Osterinsel als Notlandebahn für den Spaceshuttle zu verwenden. -we-

ASIEN

*(3)

Zunehmend mißmutige Stimmung gegenüber Japan

Bereits im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der japanischen Kapi-

tulation hatte es Ärger zwischen China und Japan gegeben, vor allem weil Ministerpräsident Nakasone mit seinem Kabinett den so symbolträchtigen Yasukuni-Schrein besucht hatte, in dem auch einige als "Kriegsverbrecher" verurteilte Militärs geehrt werden, die u.a. in China befehligt hatten (Näheres dazu C.a., Oktober 1985, Ü 6). Auch die Art und Weise, wie Japan den "Zwischenfall von Nanjing" heute behandelt, hat in China Empörung hervorgerufen (ebenda). Der Journalist Akira Suzuki publizierte eine Monographie mit dem Titel "Das sogenannte Nanking-Blutbad", die sich in Japan gut verkauft (dazu Asiaweek, 8.3.85, S. 82). Auch von anderen Journalisten wird die Meinung vertreten, daß es in Japan kein Auschwitz gab und daß man deshalb "Nanjing brauchte". Die chinesischen Zahlen beruhen auf unzuverlässigem Material und dienen zweifelhaften Propagandazwecken (IHT, 8.2.85).

Lange hat die chinesische Presse schon nicht mehr so viele negative Berichte über den Nachbarn publiziert wie heutzutage. Hier als Beispiel einige Überschriften: "Das Verbrechen in Japan erreicht einen Nachkriegsrekord" (XNA, 9.10.85), "Aufmüpfigkeit und Schulschwänzerei an japanischen Schulen weitverbreitet" (XNA, 25.10.85), "Japans Verteidigungsausgaben in Frage gestellt" (XNA, 4.11.85), "Japanische Devisenreserven nehmen ab" (XNA, 4.11.85), "Japanisches Wirtschaftswachstum wird langsamer" (XNA, 20.11.85), "Japans BSP-Wachstum nimmt ab" (XNA, 7.12.85). Die Rede ist ferner von "wirtschaftlichen Reibereien" zwischen Japan und den USA, von der Zunahme der Selbstmordrate, vom Anstieg des Yen-Kurses - und andere "Freundlichkeiten".

Gewiß, daneben gibt es auch nach wie vor positive Meldungen, sei es nun, daß neue Abkommen abgeschlossen wurden oder daß der Luftverkehr zwischen China und Japan zunimmt etc. Ansonsten aber war die Stimmung noch nie so negativ wie in den letzten Monaten des Jahres 1985. Um dies festzustellen, bedurfte es nicht erst der antijapanischen Studentendemonstrationen, denen allerdings, wie in C.a. bereits berichtet, auch ein Stück innenpolitischer Systemkritik beigegeben war.

Xinhua (XNA, 19.12.85) bezeichnet das Jahr 1985 als einen Zeitraum "wirtschaftlicher Ungewißheit". Japans Wirtschaft sei mit drei Hauptproblemen konfrontiert, nämlich seinem zum Politikum gewordenen Handelsüberschuß gegenüber den USA und anderen Partnern, zweitens mit seinem gewaltigen staatlichen Schuldenberg, der in-

zwischen 59 Billionen Yen (= ungefähr 295 Mrd. US\$) erreicht hat, und drittens mit einer Reorientierung seiner Exportwirtschaft. Zwar hat Japan in den letzten Jahren gewaltige Exporterfolge im Hightec-Bereich erzielen können; doch lasse inzwischen die Nachfrage auf dem Weltmarkt nach, und außerdem bekomme Japan zunehmend die Konkurrenz anderer asiatischer Länder ("wie z.B. Singapurs") zu spüren.

Japan stecke augenblicklich in einem Dilemma: "Falls der Yen niedrig und damit das japanische Angebot auf dem Weltmarkt attraktiv bleibt, geraten die Beziehungen mit den Handelspartnern in eine kritische Situation. Falls aber Japan für ein Anwachsen seiner Importe und für einen teureren Yen optiert, taucht das Gespenst der Arbeitslosigkeit am Horizont auf." Xinhua weist in diesem Zusammenhang (XNA, 23.12.85) auch darauf hin, daß immer mehr japanische Firmen ihre Produktionsstätten ins Ausland verlagerten. Die fünf größten Autoproduzenten Toyota, Nissan, Honda, Mazda und Mitsubishi wollen künftig 1,4 Mio. Fahrzeuge, also rd. 20% aller von Japan 1985 produzierten Wagen, in den USA herstellen. Von zehn japanischen Autos, die in den USA angeboten werden, werden also künftig vier an Ort und Stelle produziert. Gegenwärtig ist dieses Verhältnis noch 9:1.

Auch die Elektronikfirma Matsushita, die heute schon 13% ihrer Erzeugnisse im Ausland herstellt, will diesen Anteil innerhalb der fünf Jahre auf 25% erhöhen. Nec (Nihon Electric Corp.) will die Produktion ihrer in den USA abzusetzenden Produkte von gegenwärtig 30 auf künftig 50% Ortanteil steigern. Einem ähnlichen Weg folgt das Kamerawerk Canon Inc. Das Werk hat gegenwärtig eine Fabrik in Kalifornien und will künftig eine 18mal größere Produktionsstätte in Virginia (USA) errichten. -we-

*(4)

Malaysias Ministerpräsident Mahathir auf Chinabesuch

Vom 20. bis 28. November 1985 besuchte Premierminister Mahathir Bin Mohammed an der Spitze einer 200köpfigen Delegation, zu der auch fünf Kabinettsmitglieder gehörten, die VR China. Das Gewicht der Visite wurde schon durch den mammothhaften Umfang der Delegation verdeutlicht, die eine der größten war, die in den letzten Jahren in die Volksrepublik gekommen sind. Deng Xiaoping betonte denn auch bei seinem Treffen mit Mahathir am 22. November, daß allein die Größe der Delegation schon kennzeichnend für die Fortschritte in

den bilateralen Beziehungen sei.

Die Visite Mahathirs ist auch vor dem Hintergrund der Konkurrenz mit Singapur und Indonesien zu sehen. Kurze Zeit vorher hatten Ministerpräsident Lee Kuan Yew und der frühere stellvertretende Ministerpräsident Goh Keng Swee die Volksrepublik besucht. Auch Indonesien hatte mit der Volksrepublik nach 18 Jahren "Funkstille" wieder Handelsgespräche begonnen. Was Thailand anbelangt, so steht es mit China angesichts der gemeinsamen Kambodscha-Problematik ohnehin schon seit einigen Jahren in bestem Einvernehmen.

Malaysia konnte hier also auf die Dauer nicht länger abseits stehen.

Mahathirs Besuch wurde von den Chinesen zeremoniell hoch eingestuft, so daß der südostasiatische Gast mit sämtlichen Spitzenvertretern von Partei und Staat zusammenkam.

Zwischen China und Malaysia gibt es fünf Dauerthemen, nämlich die chinesischen Kontakte zur KPM, die Visafrage, den Inselkonflikt, die Direktheit des Handelsaustausches und die Kambodscha-Frage.

Mahathir war allerdings mit dem festen Vorsatz in die Volksrepublik gekommen, nur lösbare Fragen anzupacken und damit von vornherein alle Zwiertürlichkeiten auszuklammern. Folglich konzentrierte man sich im wesentlichen auf Außenhandelsfragen, weshalb ja auch rd. hundert malaysische Unternehmer mitgekommen waren.

Am chinesisch-malaysischen Handelsaustausch stört die Malaysier vor allem, daß er bisher zum größten Teil nicht zwischen beiden Ländern direkt, sondern über Hongkong, Singapur oder andere Kanäle stattfindet. Malaysia forderte daher immer wieder, daß erstens die Direktheit hergestellt werde und daß zweitens China mehr malaysische Waren abnehme, vor allem Gummi, Sägeholz, Kakao, Palmöl und Halb- oder Fertigwaren, wie z.B. Textilfasern (Näheres dazu C.a., März 1984, Ü 10).

So war es denn auch immer wieder das Thema "Direktheit" des Handels, das in den Gesprächen hervorgehoben wurde.

Während des Mahathir-Besuchs wurden auch zwei Abkommen unterzeichnet, nämlich über die Förderung und die Entwicklung des direkten Handels sowie über die Vermeidung von Doppelbesteuerung. U.a. einigte man sich darüber, daß der Tauschhandel einen wichtigen Weg zeige.

Die Vereinbarung der direkten Zusammenarbeit wurde zwischen dem CCPIT und der chinesisch-malaysischen Handelskammer geschlossen.

Daneben wurde als drittes Dokument noch ein Memorandum zwischen der chinesischen Metallurgie Import und Export AHG und der "Malaysia's Sabah Gas Industries" unterzeichnet, derzufolge China in den nächsten zwei Jahren Briketts kaufen wird (XNA, 25.11.85).

Zwei weitere Punkte wurden allerdings diesmal nicht geregelt, nämlich der Schiffs- und der Flugverkehr. Im November begannen die Malaysian International Shipping Corporation (MISC) und die Hafenbehörden von Kelang Diskussionen über eine Verbesserung der Transportmöglichkeiten zwischen Malaysia und China. Malaysia wünscht direkte Verbindungen mit Shanghai. U.a. sollen auch zwischen der MISC und der COSCO (China Ocean Shipping Co.) Gespräche über ein Cargo Sharing System geführt werden (Radio KL in SWB, 29.11.85).

Seit Mitte 1985 sind außerdem Gespräche zwischen der MAC und der CAAC im Gange (Radio KL in SWB, 12.8.85).

Die zwei unangenehmsten Themen wurden, wie gesagt, nicht angesprochen.

Was erstens die Visafrage anbelangt, so hatte Malaysia der Volksrepublik vorgeworfen, sie gewähre malaysischen Staatsbürgern (meistens Auslandschinesen) Einreisevisa, obwohl eine solche Reise nach malaysischen Gesetzen verboten sei.

Schon Außenminister Wu Xueqian hatte solche Behauptungen bei seinem Besuch im März 1984 als schlichtweg unrichtig bezeichnet. Habe China nicht seit Jahrzehnten erklärt, daß es gegen jede Doppelnationalität eintrete!? Soweit die in Malaysia lebenden Chinesen die malaysische Staatsangehörigkeit angenommen haben, seien sie ohnehin keine Chinesen mehr; soweit sie sich aber nach wie vor zur Volksrepublik bekennen, werden sie von dieser angewiesen, sich an die Gesetze ihres Gastlandes zu halten (C.a., März 1984, Ü 10).

Malaysia hat diese Erklärung offensichtlich inzwischen akzeptiert und auch seinerseits die Probleme dadurch entschärft, daß es die bisher so strengen Einreiserestriktionen nach China gelockert hat. Noch im Oktober allerdings hatte die Regierung die Pässe von 85 malaysischen Staatsbürgern eingezogen, weil diese ohne Erlaubnis in die VR China eingereist waren. Die Pässe würden, wie es hieß, fünf Jahre in

Behördenverwahrung bleiben (Radio KL in SWB, 12.10.84). In diesem Zusammenhang hat die "Stimme des Volkes von Malaysia", ein Untergrundsender der KPM, darauf hingewiesen, daß die Regierung seit der Unabhängigkeit des Landes nicht weniger als 17.097 Malaysier ausgebürgert habe, weil sie unerlaubt die Volksrepublik besucht hätten. Auch künftig stehe die Staatsbürgerschaft von weiteren 7.000 Malaysiern zur Debatte. Diese Personen hätten mit Papieren aus Hongkong und Macau die Einreise nach China angetreten (SWB, 12.10.84).

Der Untergrundsender bringt in diesem Zusammenhang die geheimen Ängste Malaysias gegenüber China auf folgende Formeln: Die Hauptdrohung für Südostasien komme nicht aus der Sowjetunion, sondern aus China; die chinesischen Erklärungen gegen den Hegemonismus bedeuteten keineswegs, daß China selbst auf Hegemonie verzichten wolle; China werde sich mit seiner Milliarde Menschen auch nach Südostasien hinein ausdehnen, und viertens sei ein radikaler erneuter Wandel der chinesischen Politik durchaus nicht ausgeschlossen. Solche Ansichten seien zwar "vollkommener Unsinn", blieben aber wie eh und je beherrschend (SWB, 24.12.84).

Auch das Thema der Kontakte zwischen der KPCh und der KPM wurde diesmal wie ein heißer Brei umgangen; hatte es sich doch bereits negativ beim Besuch mehrerer chinesischen Spitzenpolitiker in Malaysia ausgewirkt, so z.B. bei der Visite Deng Xiaopings 1978 (dazu C.a., Dezember 1978, S.819-822), beim Besuch Zhao Ziyangs im August 1981 (C.a., August 1981, S.513-516) und beim Besuch Außenminister Wu Xueqians im März 1984 (C.a., März 1984, Ü10). Die KPM hatte die damalige Malaisische Union und das Commonwealth immerhin zwölf Jahre lang, nämlich von 1948 bis 1960, in Atem gehalten, und noch heute wirkt der damalige Schock traumatisch nach, so daß Malaysia auch für die angeblich nur noch "moralische" Unterstützung der KPM durch China nicht das geringste Verständnis aufbringen kann.

Von der malaysischen Presse werden die ganz und gar "unzeitgemäßen Beziehungen" Chinas zur "illegalen KPM" als Hauptstolperstein bezeichnet (Radio KL in SWB, 24.4.85). Gleichwohl biß sich Mahathir auf die Lippen.

Deng Xiaoping, Hu Yaobang, Zhao Ziyang und Li Xiannian würdigten die malaysische Zurückhaltung, indem sie die "Gemeinsamkeiten" und den Entwicklungscharakter ih-

rer beider Länder und die Notwendigkeit einer verstärkten Süd-Süd-Kooperation betonten. Mahathir hofft, alle Nachbarländer könnten prosperieren. Je wohlhabender die Umgebung, umso besser für Malaysias Exportwirtschaft. Deng hob erneut hervor, daß China "für immer zur Dritten Welt gehört und niemals nach Hegemonie strebt". Die Hauptkraft für die Bewahrung des Weltfriedens sei die Dritte Welt. Rechne man zu diesen Kräften auch noch die europäischen Länder hinzu, die ja eine immer unabhängigere und selbständigere Politik betrieben, dann gebe es ganz gewiß Hoffnungen für die Bewahrung des Weltfriedens. Beide wiesen auch immer wieder auf die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz hin, die u.a. ja auch das Prinzip der Nichteinmischung enthalten, das den Malaysiern so wichtig ist.

Ein Punkt weitgehender Einigkeit ist auch die Afghanistan-, Südafrika- und vor allem die Kambodscha-Frage. Beide Seiten plädieren für den Rückzug der vietnamesischen Truppen, doch unterscheidet sich Malaysia von China dadurch, daß es im wesentlichen nur die nicht-kommunistischen Kräfte innerhalb der DK-Dreierkoalition unterstützen möchte.

Beide Seiten gaben sich alle Mühe, Optimismus auszustrahlen. Mahathir glaubt, daß im Zuge der "regionalen Kooperation, für die es ein riesiges Potential gibt", die politischen Differenzen verringert werden könnten - Hauptansatzpunkte hierfür seien, wie gesagt, Kambodscha, ASEAN und der bilaterale Handel (XNA, 22.11.85). Auch Deng Xiaoping, Hu Yaobang, Zhao Ziyang und Li Xiannian betonten einmütig, daß es trotz unterschiedlicher Auffassungen in den gesellschaftlichen Grundanschauungen genügend Gemeinsamkeiten gebe. China stellte auch die malaysische Wirtschaft ins freundlichste Licht. Die malaysische Regierung habe es stets verstanden, die natürlichen Vorzüge ihres Landes in wirtschaftliche Erfolge umzumünzen. In den fünfziger Jahren habe Malaysia hauptsächlich Kautschuk und Zinn produziert, in den sechziger Jahren sei mit dem Anpflanzen von Ölpalmen begonnen worden, deren Ausstoß heute 3,85 Mio.t (= 49% der gesamten Weltproduktion) betrage. Gleichzeitig bemühe sich die Regierung, aus den reichen Erdöl- und Gasvorkommen Nutzen zu ziehen. Vor allem die Vielfältigkeit der exportierten Waren habe die malaysische Wirtschaft stabilisiert. Obwohl in den vergangenen Jahren die Weltmarktpreise für Kautschuk, Zinn und Holz zurückgegangen seien, habe der Palmöl- und Kakaoertrag die Verluste doch wieder

wettmachen können. Die Regierung fördere auch in kluger Weise die Verarbeitungs-, insbesondere die Textil- und Elektronikindustrie. Bis Mitte der neunziger Jahre wolle Malaysia auch der weltgrößte Produzent an Kautschukendprodukten sein. Zwischenzeitlich bereits sei der Prozentsatz der Primärprodukte an den Exportgesamteinnahmen von 70,2% i.J. 1975 auf 60% i.J. 1984 zurückgegangen. So erfolgreich sei die Politik Kuala Lumpurs gewesen, daß Malaysia mit einem Durchschnittswachstum von 3,6% an der Spitze der Entwicklungsländer liege (BRu 1985, Nr.50, S.15).

Auch Mahathir zeigte in seinem weiteren Programm noch viele Gesten des guten Willens. Er pflanzte z.B. im China World Trade Centre in Beijing eine "Pinie der Freundschaft", er hielt eine Rede vor Studenten der Qinghua-Universität, er besuchte Shanghai sowie die Sehenswürdigkeiten in der alten Hauptstadt Xi'an und verabschiedete sich zum Schluß in Guangzhou. -we-

*(5)

Tauwetter auch in den chinesisch-mongolischen Beziehungen

Noch Mitte 1983 war es zu Spannungen zwischen Beijing und Ulan Bator gekommen, als die mongolische Regierung mehrere Hundert Chinesen des Landes verwies (Einzelheiten dazu C.a., Juni 1983, Ü1).

Im Zuge der Entkrampfung des sino-sowjetischen Verhältnisses beginnt sich nunmehr auch bei den chinesisch-mongolischen Beziehungen Tauwetter bemerkbar zu machen.

Zwei wichtige Anzeichen dafür sind erstens die Aufnahme einer direkten Eisenbahnverbindung zwischen Beijing und Ulan Bator während der Touristensaison vom Juni bis September; bisher hatte Ulan Bator lediglich als Durchgangsstation der Transsibirischen Eisenbahn fungiert; die neue Modalität wurde im April 1985 vereinbart (XNA, 26.4.85).

Zweitens wird spätestens Oktober 1986 ein regelmäßiger Flugverkehr zwischen beiden Hauptstädten eingerichtet (Vereinbarung vom 4.12.85, XNA, 5.12.85). Ferner diskutierten Experten beider Länder über gemeinsame Einrichtungen des Flugfunks, der Meteorologie sowie über den beiderseitigen Handel.

Drei Monate vorher war bereits die "Chinesisch-mongolische Grenzeisenbahnkommission" zu einer Tagung zusammengetreten (XNA, 9.9.85).

Auch sonst hatten sich die Gesichter

beider Seiten aufgeheilt. Am 16. Oktober sowohl des Jahres 1984 als auch des Jahres 1985 wurde des 35. bzw. des 36. Gründungstages der beiderseitigen diplomatischen Beziehungen gedacht (XNA, 16.10.84 und 16.10.85).

Anlässlich des 25. Jahrestags des "Vertrags über Freundschaft und beiderseitige Zusammenarbeit" zwischen beiden Staaten wies die Nachrichtenagentur "Unen" darauf hin, daß die Mongolische VR stets an einer "Normalisierung" mit Beijing interessiert gewesen sei, daß aber China "in den frühen Jahren als Ergebnis des gewachsenen Einflusses nationalistischer Kräfte in der chinesischen Führung vom Marxismus-Leninismus und vom proletarischen Internationalismus abgerückt sei und einen antisozialistischen Kurs" eingeschlagen habe - mit der Folge, daß es zu mongolisch-chinesischen Spannungen kam (Montsame in SWB, 5.6.85). Inzwischen habe sich China offensichtlich wieder eines besseren besonnen.

Parteigeneralsekretär Hu Yaobang richtete bei einem Besuch der chinesischen Autonomen Region Innere Mongolei freundliche Worte an Ulan Bator (Radio Innere Mongolei in SWB, 30.10.84). Am 31. Januar unterzeichneten beide Seiten ein Warenaustauschprotokoll, das das beiderseitige Volumen gegenüber dem Vorjahr "bedeutsam ausweitete" (keine Zahlen) (XNA, 31.1.85).

Von Teilen der westlichen Presse wurde der Kurswechsel in den bilateralen Beziehungen mit dem Wechsel des Generalsekretärs an der Spitze der Mongolischen Volksrevolutionärpartei in Verbindung gebracht, nachdem am 23. August 1984 Parteichef Jumschagijn Zedenbal durch Shambyn Batmunch abgelöst worden war, ohne daß man dafür eine andere Begründung als die der "Krankheit" Zedenbals gebracht hätte.

Zedenbal hatte die Führung der Partei immerhin bereits i.J. 1941 übernommen, hatte sie dann von 1953 (Stalins Tod) bis 1957 abgeben müssen und war dann seit 1958 erneut ins Amt des Ersten Sekretärs eingerückt. Er galt als Statthalter Moskaus in der MVR und hatte allen innenpolitischen Gegnern, die versuchten, die Beziehungen zu Moskau etwas zu lockern und zu mehr Äquidistanz zwischen Moskau und Beijing zu finden, das Leben schwermgemacht. Als zur Zeit des Chruschtschow-Sturzes i.J. 1964 der mongolische Historiker Rintschen empfahl, die kyrillischen Buchstaben wieder abzuschaffen, wurde er in ein Bergwerk geschickt. 1982 stürzte der Präsident der Akademie der Wissenschaften, weil er

auf die historische Zugehörigkeit der Mongolei zu China (bis 1911) hingewiesen hatte. Im Juli 1983 stürzte Zedenbals Stellvertreter Schalan Aschaw, dem ebenfalls Neigungen in Richtung China nachgesagt wurden.

Es mag zwar sein, daß der Sturz Zedenbals eine gewisse Wiedernäherung an China erleichtert hat; doch wäre dies nur eine sekundäre Ursache. Primäre Ursache ist ganz gewiß die generelle Annäherung des Ostblocks an die VR China, der ja nicht nur von der Mongolei, sondern in weitaus deutlicherer Weise von den europäischen Ländern des COMECON, nicht zuletzt auch von der DDR betrieben wird. -we-

INNENPOLITIK

*

*

*(6)

Die wesentlichen innenpolitischen Entwicklungen in der Volksrepublik China im Jahre 1985

Im Mittelpunkt der innenpolitischen Entwicklung der Volksrepublik China im Jahre 1985 stand die Verjüngung der Führung von Partei, Staat und Armee sowohl in der Zentrale als auch auf Provinzebene. Die Verjüngungsmaßnahmen liefen gleichzeitig auf eine Stärkung der Reformkräfte um Deng Xiaoping, ZK-Generalsekretär Hu Yaobang und Ministerpräsident Zhao Ziyang hinaus, während die verschiedenen Reformgegner weiter an Einfluß verloren.

Das bedeutendste innenpolitische Ereignis stellte fraglos die Nationale Delegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Chinas im September 1985 dar. Insgesamt gesehen stellen die personalpolitischen Entscheidungen im Rahmen der Nationalen Delegiertenkonferenz eindeutig einen Erfolg für Deng Xiaoping und die Reformkräfte dar. Bei dieser Einschätzung darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Maximalziele der Reformgruppe nicht erreicht werden konnten. So gelang es Deng Xiaoping nicht, Hu Yaobang zu seinem Nachfolger an der Spitze der ZK-Militärkommission ernennen zu lassen und Hu Qili zum neuen ZK-Generalsekretär und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros zu küren. Erfolgrlos blieben auch die Bemühungen, Chen Yun (80), Peng Zhen (83) und Li Xiannian (76) zum Rücktritt zu bewegen und damit die Position der Sowjetmodell-Verfechter zu schwächen. Die Hauptursache hierfür war offenbar erheblicher Widerstand in Armeekreisen und von seiten der Sowjetmodell-Verfechter im Vorfeld der Nationalen Delegiertenkonferenz. Das neu zusammengesetzte Po-

litbüro, das höchste politische Entscheidungsorgan in Grundsatzfragen, umfaßt 20 Mitglieder (bisher 24) und 2 Kandidaten (bisher 3). Ihr Durchschnittsalter ist mit 69 Jahren (bisher 74) nach wie vor sehr hoch - 8 Politbüro-Mitglieder sind über 70 Jahre alt, 3 sogar über 80. Die 5 Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros (bisher 6) weisen sogar ein Durchschnittsalter von 75 Jahren (bisher 77) auf. Offensichtlich scheiterte eine weitergehende Verjüngung des Politbüros an der Weigerung einer Reihe von alten, konservativen Politikern, in den Ruhestand zu treten und noch mehr jüngere, reformorientierte Kader in das Politbüro aufzunehmen. Im Politbüro haben die Vertreter weitgehender markt- und weltmarktorientierter Wirtschaftsreformen jetzt jedoch eindeutig eine Mehrheit von 13 Politbüro-Mitgliedern und können wahrscheinlich mit der Unterstützung eines weiteren Politbüro-Mitglieds rechnen. Die Sowjetmodell-Verfechter verfügen im Politbüro über 6 Vertreter, die in der Streitfrage der Wirtschaftsreformen mit der Unterstützung von 2 weiteren Politbüro-Mitgliedern rechnen können. Im Ständigen Ausschuß des Politbüros haben die Reformkräfte nach dem Ausscheiden von Ye Jianying nun eine Mehrheit von 3:2. Noch deutlicher sind die politischen Mehrheitsverhältnisse im ZK-Sekretariat, dem höchsten tagespolitischen Führungsorgan, dessen 11 Mitglieder (bisher 9 Mitglieder und 2 Kandidaten) ein Durchschnittsalter von 61 Jahren (bisher 66) haben: hier verfügen die Reformkräfte über eine Mehrheit von 9:2. Eindeutige Verlierer der Personalentscheidungen im Rahmen der Nationalen Delegiertenkonferenz waren die Militärs: Im Politbüro sank der Anteil der Armeevertreter von 37% auf 9%. Im Zentralkomitee verringerte sich der Anteil der aktiven Militärs von 16% auf 9%.

Im Rahmen der Verjüngung der politischen Führung wurden in der Zentralregierung (Staatsrat) im Jahre 1985 19 von 45 Ministern ausgewechselt, d.h. 42%. Noch umfangreicher waren die personellen Veränderungen auf der Ebene der stellvertretenden Minister. Auf Provinzebene wurden 46% der Provinzspitzenkader ausgewechselt, und zwar:

- 15 von 29 ProvinzparteiSekretären,
- 13 von 29 Provinzgouverneuren und
- 12 von 29 Vorsitzenden der Provinzvolkskongresse.

Umfangreiche personelle und organisatorische Veränderungen wurden auch in der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) vorgenommen:

- Bis Mitte 1987 soll der Personalbe-